

ein anderes Mal noch gescheiter sein. Sondern man akzeptiert da stillschweigend den Ausnahmestandpunkt der Krankenkassen: es hat kein Streik bestanden, es war nur ein Aerztekonflikt; die Aerzte haben ein Kartell gebildet, um andere Bedingungen zu verlangen, und die ihren um bessere Bedingungen kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallenen feinen Herren waren keine Streikbrecher, sondern sie sind nur dem Aerztekartell nicht beigetreten. Mit dieser von der Krankenkasse ausgeheckten Sophistik hilft man sich über die Schlappe hinweg! Das ist eben das Traurige, daß die Aerzte im Leben merkwürdigerweise oft genug keine klaren Denker und nüchternen Beobachter sind und sich so gern selbst täuschen, während doch gerade die Aerzte wissen, daß nur ein scharfer Blick und eine kühle Ueberlegung eine gute Diagnose und eine entsprechende Prophylaxe ermöglichen. Und wenn es die Aerzte nicht erlernen, im praktischen Leben — außerhalb des Krankenzimmers — vernünftig zu sein, dann werden sie sich noch mehr Schlappen holen.

Die Begeisterung für das Mittelstandssanatorium, das in dem Obmann der Wiener Aerzteorganisation seinen wärmsten Propagator gefunden hat, flaut bei einem großen Teil der Aerzte langsam ab. Hauptsächlich darum, weil man befürchtet, daß derjenige Teil des Mittelstandes, für den das neue Sanatorium mit seinen billigen Preisen eigentlich gedacht ist, das Sanatorium doch nicht in jenem Maße benutzen wird, wie es ursprünglich erwartet wurde, weil auch die niedrigen Preise des Mittelstandssanatoriums für diese Leute noch immer zu hoch sein und die Frequenz eines recht billigen öffentlichen Spitals nahelegen werden; dagegen wird mit Recht befürchtet, daß das Mittelstandssanatorium und seine billigen Arzthonorare von vielen wohlhabenden oder schmutzigen Menschen werden ausgenutzt werden, wodurch schließlich die Aerzte zu kurz kommen werden. Das Mittelstandssanatorium wird den praktischen Aerzten kaum einen Vorteil bringen, dagegen den Operateuren gegenüber als Preisdrücker fungieren.

—r.

Kleine Mitteilungen.

— Berlin. Rückgang der Sterblichkeit, Geburten und Heiraten in Preußen 1913. Nach den Beobachtungen von Geheimrat Behla im Preuß. statistischen Landesamt festgestellten Ergebnissen starben in Preußen 1913 (ohne Totgeborene) 620 151 Personen (im Vorjahre 636 303), wurden geboren 1 170 915 (im Vorjahre 1 186 243), heirateten 323 717 (im Vorjahre 328 340). Dementsprechend betrug die Sterblichkeitsziffer, auf 1000 Einwohner berechnet, 14,89 (15,49), die Geburtenziffer 28,11 (28,88), die Heiratsziffer 15,5 (16,0). Also ist im Jahre 1913 gegen das Jahr 1912 wiederum in den absoluten und Verhältniszahlen ein Rückgang zu verzeichnen.

— In der Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie zu Berlin erstattete in der Sitzung vom 13. III. Herr R. Schaeffer das Referat über das Gutachten, das die von der Gesellschaft gewählte Kommission über den beim Reichstag eingegangenen Gesetzentwurf betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten (s. S. 447) ausgearbeitet hat. Die Kommission schlug vor, die stielähnlichen Pessare und Mutterspritzen mit langem Ansatz dem freien Verkehr zu entziehen und ihren Verkauf nur in Apotheken auf ärztliches Rezept hin zu gestatten. Die übrigen antikonceptionellen Mittel sollen keinen Verkehrsbeschränkungen unterliegen. Die Gesellschaft genehmigte nach längerer Debatte das Gutachten, das von der Kommission dem Bundesrat und Reichstag überreicht werden soll. — Auf den gleichen Standpunkt hat sich vorher die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe gestellt. — Nach einer Zeitungskorrespondenz soll die Verhandlung des Plenum über den Gesetzentwurf schon nach Ostern stattfinden. An seiner Annahme ist kaum zu zweifeln.

— In der Aprilsitzung des kürzlich gebildeten sozialdemokratischen Aerztereins (siehe Nr. 2 S. 87) wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der sozialdemokratische Aerzterein erklärt, daß die Mitgliedschaft bei dem Verband der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen (Leipziger Verband) nicht im Widerspruch steht mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Die Parteiblätter werden um Abdruck dieser Resolution ersucht.“ Dazu bemerkt der „Vorwärts“, das Regierungsorgan der sozialdemokratischen Partei: „Darüber, ob die Mitgliedschaft zu dem gegen die Kassen und ihre Selbstverwaltung agitierenden Leipziger Verband mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Parteiorganisation in Widerspruch steht, hat nicht der sozialdemokratische Aerzterein, sondern allein die sozialdemokratische politische Organisation von Fall zu Fall zu entscheiden. Der oben wiedergegebene Beschluß der Aerzte ist für die politische Organisation einflußlos.“ — Wer denkt bei dieser Erklärung nicht an die beiden die sozialdemokratische Freiheit hauptsächlich charakterisierenden Merkmale: 1. Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein. 2. Wer nicht pariert, fliegt hinaus.

J. S.

— Die Lorbeeren des freisinnigen Abgeordneten Gothein haben den christlichsozialen Abgeordneten Behrens nicht schlafen lassen: hat jener den Reichskanzler mit der „kurzen Anfrage“, ob er das gegen

die Maul- und Klauenseuche empfohlene Trypasafrol für das Reich erwerben wolle (s. Nr. 8 S. 399), bedacht, so hat sich dieser veranlaßt gesehen, sein Interesse für das dem gleichen Zweck dienende Mittel „Erganin“ zu bekunden und dem Reichskanzler dieselbe Frage vorzulegen. Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Weg, der den Vorzug einer äußerst billigen Reklame für neue Heilmittel einschließt, von Erfindern oder Fabrikanten nach Möglichkeit ausgenutzt werden wird und daß sich somit eine leuchtende Perspektive für die „Industrialisierung“ der Reichstagsarbeit eröffnet. Freilich werden diejenigen, die das Niveau mancher Verhandlung unseres Reichsparlaments ohnehin schon niedrig einschätzen, durch diese Neuerung nicht gerade zu seiner Höherwertung bestimmt werden. Insbesondere wird die Institution der „kurzen Anfragen“, auf deren Schöpfung ihre Väter so großen Wert gelegt haben, durch die — natürlich unbeabsichtigte — Heilmittelpropaganda bald etwas diskreditiert werden.

J. S.

— Anlässlich der Feier seines 50jährigen Bestehens (15. V.) wendet sich das Deutsche Rote Kreuz in einem „Aufruf an das Deutsche Volk“ zu einer Sammlung für die freiwillige Kriegskrankenpflege.

— Geh. San.-Rat Puchstein, ein sehr geschätzter Praktiker, feierte am 7. d. M. den 70. Geburtstag.

— Baden-Baden. Die Leitung des neuen Sanatoriums Stephanie haben die DDR. Schrupf (Winter in St. Moritz) und Strakosch übernommen. Konsultierender Arzt ist Prof. v. Tabora (Straßburg i. E.).

— Badenweiler. Dr. A. Fraenkel hat den Professortitel erhalten.

— Charlottenburg. Der erste der hier S. 448 angezeigten Sozial-Medizinischen Vortragszyklen über „Beruf und Krankheit“ findet vom 4. bis 16. Mai statt. Näheres Inseratenteil S. 6.

— Münster. Herr Kronenberg in Bochum hat der Sammlung für die Krebs- und Lupusstiftung 100 000 M überwiesen.

— Ulm. Ein Lepra-fall ist aufgetreten.

— Hochschulpersonalien. Berlin: Priv.-Doz. Reiter (Königsberg) ist zum stellvertretenden Abteilungsvorsteher am Hygienischen Institut ernannt. — Halle: Prof. v. Drigalski wurde zum o. Honorarprof. ernannt. — Jena: Priv.-Doz. Rehn wurde zum a. o. Prof. ernannt. — Straßburg: Prof. Wenckebach hat die Berufung nach Wien angenommen.

Erklärung.

In einem Artikel, betitelt „Die Arzneimittel-Kommission des Deutschen Kongresses für innere Medizin“ (Ther. Mh., März 1914, S. 185 ff.), in dem die Aufgaben und die Tätigkeit dieser Kommission geschildert werden, richtet Herr Prof. W. Heubner (Göttingen) schwere Vorwürfe gegen die deutsche medizinische Fachpresse wegen ihrer Haltung zu den von der Kommission herausgegebenen Arzneimittellisten. Herr Heubner scheut sich sogar nicht, die Behauptung aufzustellen, daß von der Fachpresse „die Arzneimittellisten unter allen Umständen perhorresziert werden mußten“ und daß dafür „als durchaus zwingender Grund die Angst um die Inserate“ anzusehen ist.

Diese gegen die Fachpresse gerichteten Angriffe müssen wir nachdrücklich zurückweisen.

Wir erkennen gewiß gern das Gute an, das Herr Heubner erstrebt, das Erspießliche, das er geleistet hat; wir müssen es aber ablehnen, daß Herr Heubner für die Fehler, die die Arzneimittelkommission, im wesentlichen auf seine Veranlassung, wegen seiner mangelnden Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begangen hat — und die nicht nur „in schnell zusammengeschriebenen Artikeln“ der Redaktionen, sondern auch in eingehender Weise von anerkannten Fachgenossen des Herrn Heubner, wie z. B. von Herrn Geheimrat Hefter, Berlin, erörtert worden sind — hauptsächlich die Fachpresse verantwortlich macht.

Wie wenig seine Stellungnahme in dieser Frage berechtigt ist, wird wohl zur Genüge dadurch bewiesen, daß die Arzneimittelkommission selbst allmählich immer mehr sich dem aus langjähriger praktischer Erfahrung gewonnenen Standpunkt der Fachpresse genähert hat, daß aus diesem Grunde Herr Heubner sich auch mit den übrigen Mitgliedern der Arzneimittelkommission selbst in Widerspruch gesetzt und daß er demgemäß aus der Kommission ausgeschieden ist.

Wien und Berlin, 3. April 1914.

Für die Vereinigung der Deutschen Medizinischen Fachpresse:

A. Bum,
Vorsitzender pro 1914.

J. Schwalbe,
Vorsitzender pro 1912/13.

— In Nr. 14 sind auf S. 706 bei einer Reihe von Exemplaren versehentlich am Schluß der Fußnote meine Initialen fortgeblieben; und so ist die dortige Angabe auf Herrn Buschke statt auf mich bezogen worden. J. Schwalbe.

— Nachdruck der Originalartikel sowie der offiziellen Vereinsprotokolle (auch in Prospekten und Reklamebroschüren) ohne ausdrückliche Erlaubnis der Redaktion verboten.